

Ja, wir sind ein Zufluchtsland

Plädoyer für eine Neuorientierung

Nordrhein-Westfalen erlebt den größten Zugang von hilfeschuchenden Menschen seit den 90er Jahren, als insbesondere die bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge Zuflucht bei uns suchten. Seit 2012 kommen verstärkt Menschen aus Nordafrika, dem Nahen und Mittleren Osten und dem Balkan zu uns, um Sicherheit vor Verfolgung und Schutz vor Diskriminierung, Gewalt und Krieg zu finden. Noch schwanken Gesellschaft und Politik zwischen Hilfsbereitschaft, Überforderung und Ablehnung.

Als evangelische und katholische Kirchen sowie ihre Verbände Caritas und Diakonie plädieren wir dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen und alle Verantwortlichen in unserer Gesellschaft eindeutig zu einer neuen Haltung zu bekennen:

Ja, wir sind ein Zufluchtsland.

Dieses Ja beinhaltet:

1. **Ja, es ist richtig und gut, dass wir Zuflucht bieten** für Menschen, die aus Not und Gefahr zu uns kommen. Das entspricht der Geschichte und dem freiheitlichen Grundverständnis von Nordrhein-Westfalen: Unser Bundesland ist prädestiniert dafür, ein sicherer Ort für Bedrängte zu sein.

Nein, Nordrhein-Westfalen kann keine isolierte Insel sein, die sich die Probleme anderer Völker so weit wie möglich vom Leib hält und nur notgedrungen ein humanitäres Pflichten erfüllt.

2. **Ja, wir sehen Flüchtlinge zugleich als Hoffnungsträger:** als Menschen mit Fähigkeiten und dem Erfahrungsschatz anderer Kulturen, die das Leben in unserem Land bereichern und ihren Beitrag für die Gesellschaft von morgen, für einen ausgewogenen Altersaufbau und gegen den drohenden Fachkräftemangel leisten können.

Nein, wir sehen durch die Zufluchtssuchenden keineswegs die Identität unseres Landes und unserer Kultur bedroht und haben keine Angst vor Veränderungen, die sich durch ihre Aufnahme ergeben werden.

3. **Ja, wir nehmen die Herausforderung an,** uns für die Aufnahme einer größeren Zahl von Schutzsuchenden bereit zu machen. Sie erfordert vorausschauendes Handeln und erhebliche Finanzmittel in vielen Bereichen - von den Kindertagesstätten bis zur Berufsausbildung, von der Gesundheitsversorgung bis zum Wohnungsmarkt. Diese Mittel sind zugleich Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Nein, es nützt nichts, die Augen vor der Dimension der Herausforderung zu verschließen, nur halbherzig und kurzfristig auf die jeweils dringendsten Notlagen zu reagieren oder sich der Illusion hinzugeben, die Lage würde sich bald ändern.

4. **Ja, alle müssen gemeinsam agieren.** Um eine größere Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen, braucht es das entschlossene Zusammenwirken aller Akteure: Staatliche und kommunale Stellen, Kirchen und Verbände, Wirtschaft und Gewerkschaften, Initiativen und Vereine, und nicht zuletzt die Medien. Jeder Bereich kann und muss seinen Beitrag leisten.

Nein, es ist keine Zeit mehr für das Abschieben von Verantwortung auf andere Akteure oder für das St. Floriansprinzip: Hauptsache nicht bei uns.

5. **Ja, es braucht ein Willkommen von Anfang an und die dafür nötigen Rahmenbedingungen.** Die Integration von Flüchtlingen wird umso besser gelingen, je früher die Unterstützung einsetzt: Menschenwürdige Unterbringung, gesundheitliche Versorgung, Beratung, Deutschkurse, Arbeitserlaubnisse, Ausbildungsmöglichkeiten, Anerkennung ausländischer Abschlüsse, private Wohnmöglichkeiten und Bewegungsfreiheit. Ziel muss es sein, dass Zuwanderer baldmöglichst für sich selber sorgen können.

Nein, es ist die falsche Strategie, den Zufluchtssuchenden den Aufenthalt möglichst unattraktiv zu machen, sie jahrelang in Gemeinschaftsunterkünften festzuhalten oder ihnen die Arbeitsaufnahme zu verwehren.

6. **Ja, wir können diese Herausforderung meistern,** so wie wir auch die Flucht- und Zuwanderungsbewegungen in der jüngeren Vergangenheit unseres Landes bewältigt haben. Nordrhein-Westfalen und seine zivilgesellschaftlichen Kräfte haben genügend Ressourcen und Ideen, um auch einer größeren Zahl von Neuankömmlingen einen guten Start und eine gelingende Integration zu ermöglichen.

Nein, eine „das-Boot-ist-voll“-Rhetorik entspricht nicht unseren wahren Möglichkeiten. Wir lehnen es ab, scheinbare Belastungsgrenzen zu postulieren, wo es oft nur am Willen mangelt.

7. **Ja, in allen diesen Fragen sehen wir uns in den beiden Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden besonders gefordert, weil die Hilfe für Notleidende und Schutzsuchende zum Herzstück christlicher Glaubenspraxis gehört.**